

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Köditzstr. 27
Verlagsnummer: 22841
Ruz für Wohnungsgeber: Nr. 20011
Schlüsselnummer: Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-N. 1, Kienitzstr. 28/29

Besugelschreiber vom 1. bis 15. Dezember 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung bei Haus 1,70 Mk.
Wahlrecht für Monat Dezember 1,40 Mk. ohne Postzuschlaggebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Kuhreißer 15 Pf. Angelegener: Die Angelegener werden nach Goldmarkt berechnet:
die einseitige 80 mm breite Seite 15 Pf., für aufwärts 40 Pf. Familienangelegenheiten und Einlie-
ger ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Seitenreihe 200 Pf., außer-
halb 250 Pf. Offiziengelder 90 Pf. Kurzfristige Kautionsgep. Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichelt,
Dresden, Postfach-Nr. 1088 Dresden
Nachdruck aus mit druck. Gattungsange-
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unrechtmäßige
Einschleusen werden nicht aufbewahrt

Die Verhandlungen mit Polen aussichtslos

Neue Zollschikanen und Einfuhrverbote

Kein Interesse mehr an einem Abschluß mit Deutschland

Warschau, 7. Dez. Soweit sich die Dinge übersehen lassen, sind die vierseitigen Handelsvertragsabhandlungen zwischen den Bevollmächtigten Deutschlands und Polens sowohl streng objektiv, wie vom deutschen Standpunkte aus gesehen, ergebnislos verlaufen, es sei denn, daß man es als ein Ergebnis bezeichnen wollte, daß der Trade nicht völlig abgerissen ist und daß die Vorverhandlungen am 16. Dezember wieder aufgenommen werden sollen. In einer irgendwie als Grundlage brauchbaren Klärung hatte der Meinungsaustrausch jedenfalls nicht beigetragen. Schon aus dem Grunde nicht, weil die polnischen Verhandlungspartner, wie verlangt, einer künftigen Meinungsanhäufung zu den deutschen Vorschlägen bis zuletzt angeschlossen sind.

Die Lage läßt sich wohl nur so charakterisieren, daß man polnischerseits sehr darauf bedacht gewesen ist, die eigenen Wünsche in den Vordergrund zu stellen und genau zu formulieren, die von Deutschland herausgestellten Forderungen aber in der Schwebe zu lassen. Gleichzeitig hat ein gewisser, keineswegs unerheblicher Teil der hiesigen Presse alles getan, um den tatsächlichen Sachverhalt zu verschleiern bzw. auf den Kopf zu stellen. Ein mehrfach zitiertes offizielles Blatt ist z. B. so weit gegangen, zu behaupten, daß die deutschen Vorschläge in Bezug auf die polnische Einfuhr von lebenden und toten Schweinen nicht über den Rahmen der Modus-vivendi-Vorschläge vom November 1927 hinausgegangen seien.

Tatsächlich aber haben in letzter Zeit Verhandlungen zwischen Vertretern des polnischen Ausfuhrnihilismus und den deutschen Sachverständigen stattgefunden, bei denen es unter weitgehenden Inzeständnissen von Seiten des deutschen Vertrauensmannes

in allen Punkten zu einer grundlegenden Verständigung kam, einer Verständigung, die nicht nur die Kontingentierung der Schweineausfuhr nach Deutschland betrifft, sondern auch ein garantiertes Durchfuhrkontingent vorsieht und darüber hinaus freie Durchfuhr auf eigenem polnisches Risiko anheimstellt.

Diese Vereinbarungen sind trotz mancher Bedenken von Seiten der deutschen Bevollmächtigten in vollem Umfange funktioniert worden. Weiter hat das offizielle polnische Blatt erklärt, daß die Deutschen in der Frage der polnischen Porzellan- und Hindusteinexporte noch weit größere Schwierigkeiten gemacht hätten. Dabei mag der Zeitung ein geradezu merkwürdiger Irrtum unterlaufen sein, denn auch in dieser Frage sind, nach zuverlässigen Informationen von

Seiten der deutschen Regierung überhaupt gar keine Einwendungen gegen die polnischen Wünsche gemacht worden.

In bezug auf das Kohlenkontingent ist Deutschland ebenfalls in seinen Zugeständnissen bis zur Höchstgrenze gegangen.

Trotz der loyalsten Haltung von deutscher Seite sind die Polen jedoch scheinbar nicht zu bewegen gewesen, ihrerseits auch nur eine einzige bindende Zusicherung in bezug auf die deutschen Wünsche zu machen. Man ist vielmehr scheinbar von dem Standpunkte ausgegangen, daß ein einseitiges deutsches Vorgehen für die Wiederaufnahme der Handelsvertragsabhandlungen genüge, während es Polen sich vorbehalten könne, über die grundlegenden deutschen Wünsche erst im Rahmen der zukünftigen Verhandlungen zu sprechen.

Wenn man dazu noch den Widerstand der polnischen industriellen Kreise in Rechnung stellt, kommt man zu dem Schluß, daß es auch diesmal nicht gelingen dürfte, die nächste Grundlinie für den Abschluß der Verhandlungen zu finden. Die polnische Abordnung verfolgt nach wie vor die Politik, die Fragen, an denen Polen besonders interessiert ist, einzeln herauszuheben und in den Vordergrund zu stellen, während

die deutschen Wünsche und Forderungen gar keine Beachtung finden.

Selbstverständlich ist Deutschland nicht in der Lage, den Polen auf diesem Wege zu folgen und muß auf einer gleichmächtigen Verhandlung aller Artisten bestehen. Die hiesige Presse hebt immer mehr hervor, daß Polen vollständig auf dem Boden der Genierkonvention stehe und für die Idee des Freihandels eintrete. Im schärfsten Gegensatz zu diesen Behauptungen steht aber die Tatsache, daß

Polen in bezug auf die Höhe seiner Schutzzölle bzw. seiner Abperrungspolitik unter allen europäischen Staaten an zweiter Stelle steht.

Weiter scheint die Presse nichts davon zu wissen, welche Einflüsse gegen Deutschland gerichtete Zollschikanen die zuständigen polnischen Behörden gerade in letzter Zeit anlässlich der Handelsvertragsabhandlungen anzuwenden beliebten. So werden verschiedene deutsche Ausfuhrartikel ohne ersichtlichen Grund unter eine andere viel höhere Zollbedingung gebracht. Polnische Rahmen, deren Einfuhr bisher nicht beschränkt war, unterliegen neuerdings plötzlich einem Einfuhrverbot.

Schon jetzt darf nochmals betont werden, daß die ablehnende Haltung Polens die Freieichung eines positiven Ergebnisses so gut wie ausgeschlossen erscheinen läßt.

Soziales Sparsystem an Stelle des Versicherungssozialismus?

Eine im Verlage von August Scherl aus der Feder des ehemaligen Gewerkschaftsbeamten Gustav Hatz erschienene Schrift „Irrwege der deutschen Sozialpolitik“ ist als beachtlicher Beitrag zu den Stimmen zu bewerten, die sich in steigendem Maße mit Warnung und Widerspruch gegen die fortschreitende Entwicklung zum Versicherungssozialismus richten. Dieser Versicherungssozialismus hat das Bestreben, alle Volksschichten ohne Unterschied im Interesse der politischen Machtfestigung der Sozialdemokratie zu umklammern. Er hat bereits so beachtliche Erfolge erzielt, daß die als letztes Stadium ins Auge gefasste allgemeine Volkszwangsversicherung kein Geringeres mehr ist, sondern eine reale Gefahr, die sich mit greifbaren Umrisen am Horizont abzeichnet. Es liegt ein raffiniertes System in dieser Politik. Bewirkt soll werden, daß die gesamte arbeitende Masse des deutschen Volkes auf die Stufe dürftiger Rentenempfänger herabgedrückt wird, die bis zum Eintritt des Rentenalters so viel an sozialen Beiträgen zu entrichten haben, daß erhebliches Eigenesparen unmöglich gemacht und dadurch die Lösung des großen Problems verhindert wird, den Arbeiter vor Lohn aus durch verständiges Sparen zum Kapitalbesitz zu veranlassen zu lassen. Je mehr sich diese Tendenz verwirklicht, desto mehr würde der sozialistischen Macht der Boden entzogen werden, und deshalb soll der Versicherungssozialismus — dieser Begriff stellt einen bewußten Gegensatz zu einer vernünftigen Sozialpolitik dar — immer weitere Volksschichten umklammern, um die Herrschaft der Sozialdemokratie unerschütterlich zu stabilisieren, die in den sozialen Versicherungskörpern größtenteils schon besteht und deren restlose Ausdehnung hartnäckig und zielbewußt angestrebt wird. Auf der letzten Hamburger Gewerkschaftstagung erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die finanzielle Leistung der Arbeitgeber in der Verwaltung der Sozialversicherung allein das Best in der Hand haben müßten. Weiter wird der Plan verfolgt, für alle Krankenfällenverbände eine öffentlich-rechtliche Spitzenorganisation zu schaffen, die dem Staate das ihm jetzt noch zustehende Aufsichtrecht über die Krankenversicherung abnehmen soll. Bei der unbedingten Vorherrschaft der Sozialdemokratie in den Krankenkassen würden in der Spitzenorganisation natürlich lauter politisch ganz einseitig abgestimmte Leute sitzen. Auf solche Weise würden 35 Millionen Versicherte samt ihren Familienangehörigen, also der überwiegende Teil des deutschen Volkes, in Abhängigkeit von dieser Spitzenorganisation geraten, die als Zentralinstanz über beträchtliche Mittel der Wirtschaft das Verfügungsrecht hätte!

Das sind Ausblicke, die es wohl verständlich erscheinen lassen, wenn der Verfasser der vorliegenden Schrift, ein Mann der Praxis, der das ganze Getriebe von Grund aus kennt, die Frage aufwirft, ob ein derartiger Versicherungssozialismus, wie er heute betrieben wird, überhaupt noch mit irgendwelchen und irgendwie gearteten Argumenten zu verteidigen sei. Der Verfasser beantwortet von seinem Standpunkte aus diese Frage mit einem glatten Nein. Nach seiner Meinung muß unbedingt einer Entwicklung Einhalt geboten werden, welche die deutsche Arbeiterkassen ständig weiter proletarisiert und ihr Sparvermögen sozialisiert, um sie dafür gegen drückende Beiträge mit Renten abzufinden, „die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel bieten“. Tatsache ist, daß man von älteren Arbeitern oftmals hören kann: „Ja, mit den Röhren wären wir schon zufrieden, wenn nur die vielen Aktüsse nicht wären!“ Alle Sozialpolitik hat sich nach Ansicht des Verfassers der Schrift dem Gedanken unterzuordnen, die Arbeitnehmer wieder zu Kapitalbesitzern zu machen. Mit der bloßen Kritik begnügt sich aber die Schrift nicht, sondern sie gibt auch in einzelnen genau durchgearbeitete Vorschläge zur Einführung eines anderen Systems, das den beabsichtigten Zweck mit Hilfe von „sozialen Zwangsparskassen“ erreichen soll. Die Versicherungspflicht wird danach in einen allgemeinen Sparzwang umgewandelt. Der Verfasser macht verschiedene sehr eindrucksvolle Rechnungen auf Grund der Zinseszinsgewährung, die beweisen sollen, wieviel auf diesem Wege für den einzelnen beschafft werden kann, bei einer Verzinsung von 5 Prozent. Das niedrigste Beispiel geht davon aus, daß ein Arbeiter mit einem Wochenlohn von 36 Mark vom 20. bis zum 60. Lebensjahre an Beiträgen einschließlich der Arbeitgeberanteile, die beibehalten werden sollen, jährlich 263 Mark bezahlt. Angenommen, daß der Arbeiter dauernd arbeitsfähig ist und deshalb die Beiträge ohne Unterbrechung entrichtet, würde sich daraus bis zum 60. Lebensjahre ein Kapital von 33.000 Mark entwickeln. Bei den in den letzten Jahren üblichen Zinssätzen würde die Summe noch erheblich höher sein. Bei einer Verzinsung von 5 Prozent würde das eine Kapitalrente von 1.640 Mark jährlich oder rund 22 Mark wöchentlich bedeuten, also ungefähr ebensoviel, wie er vorher an Nettoverdienst nach Pause gebracht hat.

Aman Allah besiegt die Rebellen

Eine Schlacht in den Bergen

London, 7. Dez. Nach Meldungen aus Afghanistan soll es dem Aman Allah gelungen sein, die Aufständischen entscheidend zu schlagen. Aman Allah will aber seinen Sieg über die Bergvölker, die völlig zerprengt worden sind, nicht ausnutzen, da er immer noch hofft, sich auf künftlichem Wege mit ihnen einigen zu können. Nach den älteren vorliegenden Berichten war die Lage Aman Allahs ernst. Sollte es nun Aman Allah gelungen sein, den Aufständischen eine ernste Niederlage beizubringen, so würde die Krise überhand nehmen.

Die Kämpfe mit den Aufständischen in der Umgebung von Jalalabad dauern noch an. Die Türken dieser Stämme wurden von afghanischen Regierungstruppen mit Bomben beworfen,

wodurch in Kohistan 15 Personen getötet wurden. Die Aufständischen versuchten die Stadtmauer von Jalalabad zu unterminieren, wurden aber von dem afghanischen Befehlshaber Mirzaman Khan angegriffen.

Der Flieger von Tsingtau verschollen

London, 7. Dez. Der am Dienstag von Ushuaia in Feuerland mit einem Wasserflugzeug zu einem Flug über die Straße von Magalhães aufgelegene deutsche Flieger Günther Plüschow (bekannt durch seinen Flug aus dem 1914 von den Japanern besetzten Tsingtau) wird seither vermisst. Man befürchtet, daß Plüschow, dessen Flug wissenschaftlichen Forschungsarbeiten galt, in den schneebedeckten Bergen von Südargentinien verschollen ist.

Zwei rumänische Diebenschwindler

Berlin, 7. Dez. Der in Paris verhaftete Kreditriefschwindler ist jetzt einwandfrei festgestellt als ein Rumäne Maxime Iroinescu. Der Verhaftete, der eine sehr bewegte Vergangenheit hat und unter den verschiedensten Namen die größten Betrugsereien verübte und vollendete, hat ein volles Geständnis abgelegt. Seiner Auslieferung dürfte wohl nichts im Wege stehen. In Paris wurde er 1923 wegen Scheckfälschung zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt, später auch in Prag wegen Scheckbetruges, 1925 erhielt er in Brüssel 7 Monate und im nächsten Jahre in Luxemburg wegen Scheckfälschung Verurteilung und Diebstahls ebenfalls eine längere Gefängnisstrafe. Seit einem Jahre befand er sich wieder auf freiem Fuß und lebte ausschließlich von Kreditriefschwindereien und Fälschungen. Der zweite Mann, der mit ihm verhaftet wurde, ist ebenfalls ein Rumäne namens Lupescu. Er beging im Jahre 1925 große Diebenschwindereien in Limburg und wandte sich dann nach Frankfurt a. M. 1922 war er bereits nach einem großen Vertrauen aus Wien flüchtig geworden. Mit den beiden werden sich nun die Strafbehörden von Deutschland, Holland, der Schweiz und Frankreich zunächst beschäftigen.

Gefecht zwischen Truppen Paraguays und Boliviens

Buenos Aires, 7. Dez. Die Zeitung „La Nacion“ hat ein Telegramm aus Asuncion erhalten, wonach es zwischen Truppen Paraguays und Boliviens zu einem Gefecht gekommen ist. Die Paraguayaner seien, als sie in der Nähe der Grenze ein von den Bolivianern erbautes Fort belehnten, von diesen beschossen worden. Sie hätten das Feuer erwidert und mehrere bolivianische Offiziere und Soldaten gefangen genommen.